

Entschließungsantrag **der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur Erklärung der Bundesregierung **Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms** **der Koalition der Mitte**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf zu verhindern, daß Mitglieder der SS und Waffen-SS posthum durch die Anwesenheit von ausländischen Staatsoberhäuptern auf Soldatenfriedhöfen geehrt werden.

In diesem Zusammenhang soll die Bundesregierung insbesondere auf den Besuch von US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg anlässlich seines Staatsbesuchs am 5. Mai 1985 verzichten.

Bonn, den 24. April 1985

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg befinden sich auch Gräber von ehemaligen Angehörigen der SS. Die SS war eine verbrecherische Organisation und ein Mord- und Terrorinstrument des Nazi-Regimes.

Die Tatsache, daß ausgerechnet über SS-Gräbern eine Gedenkveranstaltung des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten zum vierzigsten Jahrestag der Befreiung vom deutschen Nationalsozialismus stattfinden soll, hat zu Recht und glücklicherweise zu einer Welle internationaler Empörung geführt, insbesondere in der jüdischen, israelischen und amerikanischen Öffentlichkeit. Da offensichtlich Bundeskanzler und Bundesregierung nicht in der Lage sind zu begreifen, daß es sich um eine nachträgliche Verhöhnung der Opfer der Nazi-Diktatur handelt, wenn man ihrer ausgerechnet an den Gräbern ihrer Mörder gedenken will, ist der Deutsche Bundestag zum umgehenden Handeln aufgefordert. Er muß mittels eines eindeutigen Beschlusses von der Bundesregierung die Absage dieser Veranstaltung verlangen und seine tiefe Empörung über diese Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes zum Ausdruck bringen.

